

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 47 (1967-1968)
Heft: 6

Artikel: Die Profile des Revisionismus hinter dem Eisernen Vorhang
Autor: Linder, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162005>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Profile des Revisionismus hinter dem Eisernen Vorhang

WILLY LINDER

«Aufstand» gegen die ideologische Semantik

Der Revisionismus hinter dem Eisernen Vorhang ist zu einem festen Bestandteil des kommunistischen Vokabulars geworden. Trotzdem er in der Diskussion tausendfach gebraucht wird und trotzdem er in der einschlägigen Literatur immer wieder auftaucht, hat er sich noch in keine fest umrissenen endgültigen Formen verdichtet. Der Revisionismus und der Revisionist ist etwas durchaus Relatives geblieben; die Farben ihrer Beurteilung hängen vom Standort und vom Blickwinkel des Betrachters ab. Der orthodoxe chinesische Kommunist verbannt sozusagen alles, was außerhalb des asiatischen Raumes an kommunistischen Existenzen zu finden ist, in den Schmelztiegel des Revisionismus. Für den hartgesottenen Sowjet dagegen erscheinen die Chinesen als unbeugsame und in ihrer Denkweise veraltete Dogmatiker, während ihm die Tschechen oder die Ungarn leicht suspekt vorkommen. Ganz anders bietet sich das Bild für einen «aufgeklärten» Tschechen. Die Farben des Revisionisten wechseln so oft, als kombinatorische Möglichkeiten mit der Anzahl der kommunistischen Staaten zu finden sind. Die Variationsbreite könnte noch beträchtlich verlängert werden, wenn die Zahl der in den einzelnen Ländern existierenden revisionistischen Fraktionen ins Bild gesetzt würde, denn es gibt auch innerhalb der einzelnen kommunistischen Länder nicht *den* Revisionisten, sondern nur *die* Revisionisten verschiedenster Schattierungen, die sich durch einen unterschiedlichen Grad an revisionistischer Häretik auszeichnen; es gibt zögernde und mutige, und es gibt auch unter den Revisionisten Orthodoxe und «Avantgardisten». Eine weitere Schwierigkeit tritt auf; der Revisionismus kann sich auf verschiedene Gebiete beziehen, auf die Politik, auf die Wirtschaft, auf die Kultur usw. Revisionismus ist eine äußerst facettenreiche und in einer breiten Farbskala auftretende Erscheinung.

Aber was ist denn nun eigentlich Revisionismus? Der kommunistische Staat muß — das liegt in seinen Erbanlagen — zu fast allen Gebieten des menschlichen Lebens eine eigene, und zwar allgemein verbindliche Meinung,

eine *Doktrin* haben. An den Kriterien der Doktrinen und am Willen, sie zu respektieren, mißt sich das kommunistische Wohlverhalten. Abweichungen vom offiziellen Leitbild, wo und wie immer sie auftreten, werden mit dem Etikett des Revisionismus versehen. In den fünfziger Jahren war die Situation relativ einfach. Moskau beanspruchte als geistiges Zentrum des Kommunismus geachtet zu werden; es lieferte die Richtlinien und bestimmte die Gangart der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Marschrichtung des Monolithen. Seither hat sich aber die Situation geändert; nunmehr rivalisieren verschiedene geistige Zentren im Raume des kommunistischen Ostens um ihren Einfluß. Der Monolith ist nicht auseinandergebrochen, aber er zeigt gewaltige Risse; der Polyzentrismus, der nicht nur als politischer Begriff aufzufassen ist, steht als Symbol dieser Entwicklung.

Das gilt mutatis mutandis auch für die *Wirtschaft*, von der im folgenden allein die Rede sein soll. In den «guten alten Zeiten» galt die *sowjetische Wirtschaftsstruktur* und das sowjetische Planungsmodell im allgemeinen als verbindliches Muster für den gesamten Ostblock. Die alte stalinistische Kommandowirtschaft, die ein streng hierarchisch aufgebautes System der Planwirtschaft aufstellte, die mit der Verwirklichung des sogenannten Ministerialprinzips die einzelnen wirtschaftlichen Sektoren in das Gerippe eines starren, vertikal ausgerichteten Grundrisses planwirtschaftlicher Instanzen preßte, wurde von den Satelliten als der Weisheit letzter Schluß zumeist integral übernommen. Es war die goldene Zeit, da die sowjetischen Kommunisten noch mit einer blockweiten Disziplin von eigentlich militärischem Zuschnitt rechnen konnten.

Die Ehrfurcht vor dieser wirtschaftsstrukturellen und wirtschaftspolitischen Urform der Planwirtschaft kommunistischer Observanz ist im Laufe der Zeit einer verhaltenen bis sehr deutlich sichtbaren Despektierlichkeit und Kritik gewichen. Sie hat die geradezu mythische Verehrung, die sie einst im Ostblock genossen hat, verloren. Die Ursachen, die am Ursprunge dieser Entwicklung liegen, sind sehr vielfältiger Natur. Sie sollen in diesen Betrachtungen nicht in all ihren feinen Verästelungen nachgezeichnet werden; das könnte nur im Rahmen einer umfassenden Monographie geschehen. Halten wir einfach als *Ergebnis* fest, daß die einzelnen Ostblockstaaten sich wieder in vermehrtem Maße auf ihre eigenstaatliche Persönlichkeit besinnen, daß sie nicht mehr gewillt sind, sich, ohne Berücksichtigung ihrer spezifischen wirtschaftlichen Interessenlage, im Ofen der östlichen Integration verheizen zu lassen und sie auch nicht mehr die Absicht haben, den einst von Moskau aufgestellten wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Katechismus kritiklos nachzubeten. Insofern kann man zweifellos von einem Trend zur *Individualisierung* — noch kaum von einem solchen der Liberalisierung — hinter dem Eisernen Vorhang sprechen. Nicht mehr alle Wirtschaftsstrategen und Experten im roten Imperium lassen sich mit

dem eher ungenießbaren Brei der «ideologischen Semantik» abspeisen. Unter dem Druck der Verhältnisse hat die «wissenschaftliche Objektivität», eine im Osten oft mißbrauchte Formel, vorerst nur zögernd, nunmehr aber doch auf breiterer Front im Osten Einzug gehalten; sie hat dem ideologischen Schwulst bisweilen erheblich zugesetzt.

Unterschiedlicher revisionistischer Nervositätsgrad

Revisionismus ist, von diesem Blickwinkel aus beurteilt, *kein Novum*, keine Erscheinung der Neuzeit. Seine Entstehung könne zeitlich auf das Jahr 1956 zurückdatiert werden, auf jenes Jahr, als sich das kommunistische Gebiet in konvulsivischen Krämpfen wand, als durch die großen Risse im kommunistischen Mauerwerk erstmals mit gewaltigem Druck der aufgestaute Dampf der Freiheitsgefühle seit Jahren geknechteter Völker zischte. Damals entstanden in der Wirtschaft die ersten revisionistischen Experimente. Insbesondere *Polen* lehnte sich in dieser Zeit gegen seine wirtschaftlichen Fesseln auf; es vermochte sie teilweise auch zu sprengen und damit die Hoffnung auf eine freiheitlichere Zukunft zu nähren. Polen stand in dieser Zeit an der Spitze der revisionistischen «Unruhestifter». Es hatte auch eine nationalökonomische Schule, die, vom eminenten Wissenschaftler *Oskar Lange* inspiriert, in der Lage war, zum Thema einer Umgestaltung der Wirtschaftsordnung substantielle Beiträge zu liefern. Polens Nationalökonomie bewegt sich noch heute auf einem außerordentlich hohen Niveau, wobei nicht zu verkennen ist, daß sie in starkem Maße von westlichem Gedankengut inspiriert und durchdrungen ist, allerdings nicht im ideologischen, sondern in einem mehr *technischen Sinne*. Oskar Lange verbrachte Jahre seines Lebens in den USA. Der polnischen Schule geht es aber nicht darum, das kapitalistische System über den Umweg der Wissenschaft in Polen wieder anzusiedeln; aber es ging und geht ihr darum, die neuen Erkenntnisse der Nationalökonomie, die über weite Strecken im Westen erarbeitet wurden, für die sozialistische Variante der Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik zu fruktifizieren, das veraltete planwirtschaftliche Haus zu renovieren, es mit größeren Elastizitäten zu versehen und damit eine Abkehr von den unelastischen, ideologisch und machtpolitisch pervertierten Formen der Wirtschaftspolitik einzuleiten.

Polen befindet sich heute nicht mehr an der Spitze der revisionistischen Länder; es ist im Rennen der «Modernisten» beträchtlich zurückgefallen. Die polnischen Reformthesen sind zum großen Teil in den Mühlen der politischen Gewichte zerrieben worden. Daraus läßt sich für den ganzen Raum des kommunistischen Ostens eine generelle Erkenntnis ableiten, daß sich nämlich die Auseinandersetzung um den wirtschaftlichen Reformismus

im *politischen Raum* abspielt, daß es sich letztlich um einen politischen Kampf zwischen verschiedenen Interessengruppierungen handelt, vor allem zwischen der etablierten Gruppe, die über die Bedienung des wirtschaftspolitischen Stellwerkes auch machtpolitische Positionen besetzt hält. Da der wirtschaftliche Reformismus auch mit *institutionellen Konsequenzen* verbunden ist, sich teilweise in einer Umgestaltung der planwirtschaftlichen Institutionen niederschlägt, produziert er einen handfesten Interessenkonflikt zwischen den Reformern und dem «Establishment»; kann es überraschen, daß die Reformer praktisch völlig außerhalb des «Establishment» stehen, ihnen nur zögernd Zutritt zu den wirtschaftspolitischen Entscheidungsstellen gewährt wird?

Diese Konstellation ist als Hauptgrund dafür zu betrachten, daß der wirtschaftliche Reformismus nicht geradlinig verläuft, daß er in den einzelnen Ländern eine sehr *unterschiedliche Profilierung* zeigt; die Ausschläge dieser Entwicklung, wenn man sie kurvenmäßig aufzeichnen wollte, läßt beachtliche Divergenzen von Land zu Land erkennen. Die «Politik der kleinen Schritte» in der DDR führte zu einem wesentlich «ruhigeren» Entwicklungsdiagramm als etwa das nervöse revisionistische Vibrieren in Polen, in der Tschechoslowakei oder — in moderierterer Form — in Ungarn. Die unterschiedlich großen Amplituden der reformistischen Ausschläge sind natürlich Ausdruck der spezifischen machtpolitischen Verhältnisse in den einzelnen kommunistischen Staaten, sind auch der Reflex des Volkscharakters und damit bis zu einem gewissen Grade eine Temperamentfrage.

Wachstum oder Gleichgewicht?

Auf eine wesentliche Triebfeder des Revisionismus soll an dieser Stelle noch hingewiesen werden, weil sie eine primär ökonomische Motivation hat. Die Nachkriegszeit war in der Wirtschaftspolitik — aus verschiedenen Gründen — unter anderm dadurch gekennzeichnet, daß das *wirtschaftliche Wachstum* als politisches Ziel und die Wirtschaftspolitik als Initiator eines manipulierten Wachstums eine immer größere Bedeutung erlangte. Zwischen Ost und West entstand ein Wettbewerb um die «Güte» der Wirtschaftssysteme, die weitgehend in Wachstumsraten und einer darauf aufgepfropften Propagandamaschinerie ausgetragen wurde. Es schien lange Zeit während der fünfziger Jahre so, als ob die östlichen Wirtschaftssysteme in diesem Wettrennen den «Sieg» davontragen würden. Die These vom Ein- und Überholen des Westens war im Schwange; «gelehrte» Untersuchungen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges trugen zur Erzeugung einer eigentlichen Wachstumseuphorie bei.

Dieser Traum hielt aber nicht allzu lange an. Gegen Ende der fünfziger Jahre, vor allem aber zu Beginn der sechziger Jahre, war im Osten von einem Ein- und Überholen des Westens nicht mehr die Rede; das Phänomen der rückläufigen Wachstumsraten brachte die kommunistischen Propagandabatterien zum Schweigen. Zur Erklärung dieser Situation muß man nicht allzu tief in die Kiste der Wachstumstheorien greifen; es genügt für unseren Zweck der Hinweis, daß wirtschaftlich weniger entwickelte Länder potentiell größere Wachstumsreserven haben als wirtschaftlich auf einer höheren Stufe stehende Staaten. Es ist deshalb auch keineswegs überraschend, daß die eigentlichen Industrieländer im Ostblock, die DDR, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, zuerst mit Wachstumsschwierigkeiten zu kämpfen hatten — die Tschechoslowakei geriet bekanntlich in eine eigentliche Krisen- und Stagnationsphase —, wogegen die unterentwickelten Staaten, wie etwa Bulgarien, vom Gespenst der abnehmenden Wachstumsraten nicht oder nicht in gleichem Maße erfaßt wurden. Es ist denn auch sicherlich kein Zufall, daß der Revisionismus als Ausdruck einer kritischen Haltung gegenüber einem Wirtschaftssystem, das die lautstarken Propagandaparolen in kaum mehr überbietbarer Weise diskreditierte, vor allem in den Industriestaaten des Ostens einsetzte. In dieser Entwicklung, die urbi et orbi demonstriert hatte, daß der Planwirtschaft nur eine scheinbare Stabilität inhärent ist, muß eine wesentliche Quelle des Revisionismus erkannt werden; gleichzeitig ist sie dafür verantwortlich, daß das extreme Wachstumsdenken auch im Osten mehr und mehr vom Postulat des *Wachstums im Gleichgewicht* verdrängt wird.

Symptomatisch für diese Umschichtung sind etwa die Verhältnisse in der Tschechoslowakei, wahrscheinlich vor allem deshalb, weil dieses Land wohl am heftigsten unter den wirtschaftlichen Fehlleistungen der Planwirtschaft gelitten hat; die Reaktion mußte entsprechend pointiert ausfallen. Die tschechischen Revisionisten sparten nicht mit ätzender Kritik, mit satirischen Seitenhieben und gezielten Attacken gegen eine Wirtschaftsordnung, die im ideologischen Schlamm versunken war und die, weil die tschechischen Genossen lange Zeit zu den Musterknaben im sowjetischen Kindergarten gehörten, in eine immer bedenklichere Abhängigkeit zum «großen Bruder» geriet. Die tschechischen Revisionisten zogen schließlich alles in Zweifel, was es in Zweifel zu ziehen gab, ja sie scheuten selbst davor nicht zurück, die klassische marxistisch-leninistische Vorstellung vom Kapitalismus als bankrott zu erklären.

Das revisionistische Maximalprogramm, das in der Tschechoslowakei etwa von einem Professor Oskar Sík vorgetragen und verfochten wurde, hätte, wäre es durchgedrungen, eine tatsächliche und substantielle Neuordnung der tschechischen Wirtschaft gebracht. Es ist, auch im mussierenden Klima der Tschechoslowakei, aber nicht so weit gekommen. Die retardie-

renden Kräfte, die Bremser des Apparates, verhinderten in einem zähen politischen Kampf, der meistens in den Kulissen ausgetragen wurde, eine vollumfängliche Neuorientierung; sie mußten wohl zahlreiche *Rückzugsgefechte* liefern, waren aber immerhin insofern erfolgreich, als sie einen wirklichen Durchbruch der alten Fronten zu verhindern vermochten.

Reform der Reformen

Die tschechischen Verhältnisse geben Anlaß zu zwei generellen Feststellungen. Es ist bei einer Analyse des Revisionismus immer zwischen Absicht beziehungsweise *Programm* und *Verwirklichung* zu unterscheiden. Das revisionistische Gespräch, soweit es sich bereits in programmatische Formen kristallisierte, ist wesentlich weiter gediehen als die Realisierungsmöglichkeiten; ja die Praxis lehrt, daß selbst dann, wenn die Revisionsprojekte von den höchsten Parteinstanzen grundsätzlich genehmigt sind, noch absolut keine Gewähr für ihre Umsetzung in die Praxis besteht. Einmal geht der Kampf zwischen den «Orthodoxen» und den «Neuerern» auch noch in dieser Phase weiter, und sodann beziehen sich die Reorganisationsprogramme zumeist auf einen Zeitraum von einigen Jahren, der immer wieder eine «Reform der Reformen» im Lichte «neuer Erkenntnisse und Erfahrungen» zuläßt; auf die daraus entstehenden Wellenbewegungen wurde bereits hingewiesen.

Sodann hat die Erfahrung gelehrt, daß sich für ein Reformprogramm nichts so verhängnisvoll auswirken muß, wie seine Einführung «auf Raten». Denn die moderne Wirtschaft hat einen *interdependenten Charakter*, der im Idealfall eine «Reform aus einem Guß» fordert. Partielle oder homöopathische Reformen, die aus einem Gesamtkonzept herausgebrochen und isoliert verwirklicht werden, tragen vielfach den Keim des Mißerfolges in sich. Auf diesem Hintergrund ist die Anekdote zu verstehen, nach der tschechische Verkehrsexperten, welche die «Vorteile» des Linksverkehrs in Großbritannien studiert hatten, die Empfehlung abgaben, in Prag vorerst einmal versuchsweise die Taxis auf der linken Straßenseite fahren zu lassen! Dies ist der Grund, weshalb verschiedene aktive Reformer die von ihnen inspirierten Reorganisationsmaßnahmen schließlich als ihre illegitimen Kinder erklärten.

Es wäre endlich noch darauf hinzuweisen, daß der Revisionismus seine Energien aus einer *inneren Zwangslage* der Planwirtschaft bezieht. Planwirtschaft ist, etwas polemisch überspitzt ausgedrückt, die Wirtschaftsordnung der Mangellage; der Westen kennt sie in Krisen- und eigentlichen Kriegszeiten, wenn es gilt, knappe Ressourcen im Verhältnis zum Bedarf aufzuteilen. Planwirtschaft ist durch diese Optik betrachtet eine *Zuteilungs-*

wirtschaft. Dies war denn auch lange Zeit die Situation im Ostblock, insbesondere in der Sowjetunion. Die Planwirtschaft kann dann «leidlich» funktionieren, wenn diese Mangellage im Konsumgütersektor künstlich erzeugt wird, wenn also die Produktion dieses Sektors immer etwas *unter* dem Bedarf gehalten wird. Dann brauchen sich nämlich die Planer nicht um den Markt, um die Nachfragestruktur der Konsumenten zu kümmern; sie brauchen sich auch nur minimal um die Qualität der Produkte zu sorgen, weil auf Grund der Knappheitsverhältnisse «alles» oder fast alles abgesetzt werden kann, was auf dem Markte erscheint. Die Planwirtschaft gibt an ihrer Oberfläche die Illusion eines «workable instrument». Und wenn sich diese Phase noch in einem wirtschaftlich wenig entwickelten Lande abspielt, kann die Planwirtschaft sogar auf einem technisch relativ einfachen, ja primitiven Niveau gehalten werden; immer geht sie natürlich mit einer Vergewaltigung des Individuums parallel. Das war denn auch die Chance der planwirtschaftlichen Holzhammermethoden zu den Zeiten Stalins.

Diese Bedingungskonstellation existiert in den meisten kommunistischen Ostblockländern allerdings nicht mehr. Die Wirtschaften sind *reifer* geworden, das Produktionsprogramm reichhaltiger, das Konsumgütersortiment variationsreicher und die Kaufkraft der Bevölkerung, wenn auch in einem eher bescheidenen Ausmaße, größer. Das alte Rezept der Planwirtschaft ist nicht mehr wirksam anwendbar; die Gefahr planwirtschaftlicher Fehlleistungen nimmt mit steigendem Reifegrad der Wirtschaft zu. Ein untrügliches Symptom dieser Verhältnisse sind die in Permanenz erfolgenden Planrevisionen oder die unverkäuflichen Lager an Konsumgütern, trotzdem die Auswahl an Konsumgütern noch in keiner Weise den Vergleich mit dem Westen aushält. Die Notwendigkeit, den Planungsmechanismus den neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten und Strukturwandlungen anzupassen, ist dringend geworden. Aus dem Zwang zur *Modernisierung* der Planwirtschaft ist der Drang der planwirtschaftlichen Länder zu verstehen, die neuen Methoden der Nationalökonomie — Modellbildung, Operations-research, Kybernetik usw. — in den Dienst einer Rationalisierung der Planungstechniken zu stellen. Es ist offensichtlich, daß dieser Aspekt des Revisionismus nichts mit einer Hinwendung zu liberaleren und freiheitlicheren Formen des Wirtschaftens zu tun hat, sondern daß hier vielmehr Anstrengungen zur *Perfektionierung* der Planwirtschaft unternommen werden. Die Planwirtschaft soll in ihrer Existenz und Leistungsfähigkeit durch diese Spielart des Revisionismus gefestigt werden. Dies ist vor allem in der Sowjetunion der Fall, wogegen die Revisionsmodelle der osteuropäischen und südosteuropäischen Länder Komponenten beider Beweggründe — den Druck zu größerer Freiheit und jenen zur Perfektionierung — enthalten; das Mischungsverhältnis ist unterschiedlich.

Revisionistische Schwerpunkte

Der Revisionismus hat, das darf als Fazit dieser skizzenhaften Betrachtungen herausgestellt werden, ein breites Spektrum. Es hält denn auch äußerst schwer, ihn in eine synoptische Tabelle zu pressen, beziehungsweise auf eine gemeinsame, für alle Länder gültige Formel zu reduzieren. Es gibt immerhin *gemeinsame Elemente* und Probleme. Die revisionistischen Schwerpunkte lassen sich etwa folgendermaßen umschreiben.

- Behandlung der Frage der *Zentralisation*, beziehungsweise der Dezentralisation der wirtschaftspolitischen Entscheidungsbefugnisse, insbesondere die Frage nach einer erhöhten einzelbetrieblichen Entscheidungsautonomie;
- Streben nach erhöhter planwirtschaftlicher *Flexibilität*, das heißt Verfügung einer revisionistischen Schlankheitskur für ein System, das an chronischen administrativen Verfettungserscheinungen leidet;
- erhöhte *außenhandelspolitische Beweglichkeit* durch eine Delegation der entsprechenden Entscheidungskompetenzen an die Exportindustrien;
- Einführung des *Zinses* als Kostenfaktor und als «Hebel» zur wirtschaftlicheren Verwendung der Investitionskapitalien;
- Abkehr vom Prinzip, dem Betrieb vom Staat die benötigten Investitionskapitalien *unentgeltlich* zur Verfügung zu stellen;
- Korrektur der verzerrten *Preisstrukturen*;
- Abkehr vom *Bruttoproduktionsprinzip* als Plangröße und zur Messung der prämienerberechtigten einzelbetrieblichen Leistung;
- Verstärkung der einzelbetrieblich wirksamen *Incentives* zur Steigerung der Rentabilität.

Das sind in großen Zügen die Revisionsfelder und die revisionistischen Ziele. Die Mittel zur Erreichung der Ziele sind allerdings unterschiedlich. Es gibt nicht mehr nur *eine*, für die kommunistischen Länder allgemein gültige Methode zum Sozialismus und später zum Kommunismus; vielmehr führen nun verschiedene Wege nach dem kommunistischen Mekka. Darin spiegelt sich der Zerfall der wirtschaftspolitischen Einheit und, parallel zu den Entwicklungen auf der politischen Bühne, die Entstehung eines wirtschaftlichen Polyzentrismus.

Zentralisation oder Dezentralisation?

Die alte Planungsvariante war durch eine *rigorose Zentralisation* der wirtschaftspolitischen Entscheidungsfunktionen in den Spitzen der Planungs-

hierarchie gekennzeichnet. Sie betrachtete es als großen Vorteil, die Entscheidungsfunktionen zu monopolisieren, beziehungsweise in einer oligarchischen Führungsspitze zu konzentrieren. Die parlamentarische Phase in der Planaufstellung wurde dem Plan lediglich als demokratisches Schmuckstück ohne reale Bedeutung hinzugefügt; sie konnte nur in der planwirtschaftlichen Rhetorik, nicht aber in der Realität als demokratisches Element hingenommen werden. Diese Form der Planwirtschaft nahm für sich in Anspruch, den Gang der Wirtschaft völlig vorzubestimmen und das Verhalten der einzelnen Wirtschaftssubjekte, besonders auf der Stufe der Betriebe, bis in alle Einzelheiten vorzuentcheiden. Die Entscheide der Planungsbehörden gingen während der Blütezeit dieser Phase bis hinunter zur Bestimmung der Farbe in der Spritzkannenproduktion! Der Betrieb war als selbständige ökonomische Einheit völlig ausgeschaltet; er war nur noch das *Exekutivorgan* eines ihm übergeordneten Planes.

Die planwirtschaftliche Sprache, mit der die ungezählten Entscheide durch das planwirtschaftliche Kommunikationsnetz gejagt wurden, war die sogenannte *Kennziffer*, das heißt zahlenmäßige Ausdrücke und Formeln, mit denen die planwirtschaftlichen Anweisungen konkretisiert wurden. Es ist nicht notwendig, das Kennziffersystem hier näher zu erläutern; der Hinweis genügt, daß es nie gelungen ist, ein konsistentes, in sich geschlossenes Kennziffersystem zu entwickeln. Vielmehr widersprachen sie sich oder kamen oft zu spät und trugen damit zur streckenweise heillosen Verwirrung im planwirtschaftlichen Gebäude bei. Zudem verstopfte die hypertrophische Entwicklung der Kennziffer das planwirtschaftliche Kanalisationssystem, die Instanzenzüge. Eine dringende Sanierung des Systems war geboten und wurde denn auch gebieterisch gefordert; der wohl bekannteste Repräsentant, der eine planwirtschaftliche Schlankheitskur verlangte, war bekanntlich der Charkower Ingenieur Professor Liberman.

Eine der verhängnisvollsten Auswirkungen des alten Kennziffersystems war darin zu erblicken, daß durch die kennziffernmäßige Vorgabe der *Bruttoproduktion* die Betriebe kein Interesse daran hatten, ihren Ausstoß auf die Bedürfnisse des Marktes auszurichten, weshalb es in verschiedenen Ostblockstaaten zur grotesken Situation kam, daß trotz einer anhaltend unzufriedenstellenden Versorgungslage gewaltige Lager an unverkäuflichen Konsumgütern entstanden. Und da die Betriebsprämien auf die Übererfüllung der einzelbetrieblichen Bruttoproduktion ausgerichtet wurden, versuchten die Betriebe mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, «weiche» Betriebspläne zu übernehmen, um damit die Chance der Übererfüllung zu erhöhen. Der Ansporn zur Leistungssteigerung verkehrte sich ins Gegenteil. Es wäre eine keineswegs zu schwere Aufgabe, auf weitere Mängel des Kennziffersystems hinzuweisen.

Eine Reorganisation konnte nur über die Verfügung einer Abmagerungs-

kur erfolgen, das heißt über eine drastische Vereinfachung des Kennziffernsystems und über eine Verlagerung wirtschaftlicher Entscheidungskompetenzen nach unten, insbesondere auf die Betriebe, das heißt letztlich über eine entscheidungspolitische *Dezentralisation*. Der Weg zur Dezentralisation hat also zwei Wurzeln, einmal — und das scheint heute noch die weitaus kräftigere zu sein — die absolute Notwendigkeit, ein System, das in sich zu ersticken drohte, zu rationalisieren, und sodann die in einzelnen Ostblockstaaten noch schüchtern vorgetragene Erkenntnis, den Betrieb, das Unternehmen wieder zu einem minimalen Eigenleben zu erwecken, sie als neue Zellen der dynamischen Entfaltung im System auferstehen zu lassen. In diesem zweiten Sinne enthält der Revisionismus eine durchaus liberale Komponente, wenn es auch leicht vermessen ist, auf Grund der heute vorliegenden Beurteilungsfaktoren von einer Hinwendung der östlichen Planwirtschaften zu einer echt liberalen, zu einer marktwirtschaftlichen Konzeption zu sprechen. Der Liberalismus und die aus seinem Gedanken- gut abgeleitete Marktwirtschaft läßt sich nicht auf eine minimale Bewegungsfreiheit des einzelnen Unternehmens reduzieren.

Die Illusion der Entscheidungsfreiheit

«Zentralisation oder Dezentralisation»? die Behandlung dieser Frage ist übrigens im Ostblock kein Novum, selbst in der Sowjetunion nicht. Die große Reform vom Jahre 1957, als Chruschtschew einen wesentlichen Teil der etablierten wirtschaftspolitischen Machtpositionen (die Branchenministerien) zerschlug und mit der Schaffung der *Volkswirtschaftsräte* eine betont dezentrale, auf die regionale Profilierung des Landes abgestimmte Mechanik der wirtschaftspolitischen Entscheidungsbildung verwirklichte, demonstrierte schon mit aller Deutlichkeit die in dieser Frage enthaltene Problematik. Abgesehen davon, daß es sich hier immer auch um Politik handelt (Auflösung beziehungsweise Neuschaffung wirtschaftspolitischer Machtfaktoren), erträgt die Planwirtschaft, von ihrem *System* her beurteilt, keine dezentrale Entscheidungsstruktur. Denn solange der zentrale Plan den allgemein gültigen und für die Wirtschaftssubjekte verpflichtenden wirtschaftspolitischen Willen zum Ausdruck bringt, kann das System keine rivalisierenden Pole der Willensbildung dulden; es verfügt nicht, wie die Marktwirtschaft, in den Preisbildungsgesetzen über einen Koordinator, der die Tausende dezentral gefällter Entscheidungen harmonisiert. Dezentrale wirtschaftliche Entscheidung erhöht in der Planwirtschaft vielmehr die Gefahr von Fehlentwicklungen, die sich in den Abweichungen vom planwirtschaftlich vorgeschriebenen Pfad abzeichnen.

Wenn also in einer Wirtschaftsordnung mit einem zentralen Plan noch wirtschaftspolitische Entscheidungsträger mit einer bestimmten Autonomie zugelassen werden, so kann das nur im Bewußtsein erfolgen, daß dadurch der planwirtschaftliche Energiekreislauf gestört wird. Soll diese Gefahr ausgeschlossen werden, dann ist dies allein mit einem System möglich, das die de jure autonomen Entscheidungsträger de facto auf die Magnetfelder der Plankonformität zwingt. Es entsteht dann das, was man als die *Illusion der Entscheidungsfreiheit* bezeichnen könnte.

Die einzelnen Ostblockstaaten haben verschiedene Therapien angewandt, um diesem Dilemma zu entgehen. Kein Land hat aber den zentralen Plan bis heute selbst aufgegeben, was in letzter Konsequenz notwendig wäre, um die aufgezeigte Antinomie aufzulösen. Wohl sind in der einschlägigen Diskussion, so etwa in der Tschechoslowakei oder in Ungarn, Ansätze zu einer Planungskonzeption erkennbar, die in der Richtung auf eine allerdings noch rigorose «Planification indicative» hindeuten. Der Staat würde in diesem Fall nur noch gewisse wirtschaftliche Globalgrößen in ihrer perspektivischen Entwicklung festlegen, es aber der Wirtschaft überlassen, diese Rahmenordnung mit konkreten Handlungen auszufüllen. Diese Form der Planung — sie wird leicht euphemistisch als sozialistische Marktwirtschaft bezeichnet — vermochte sich bisher aber nicht durchzusetzen, vor allem natürlich deshalb nicht, weil sie mit einer Entmachtung der etablierten Instanzen parallel gehen muß.

Der politisch totalitäre Staat kann sich — wenn überhaupt — nur sehr schwer von einem «totalen» Wirtschaftssystem trennen, weil Wirtschaft und Politik heute stark interdependent sind, der Staat sich also immer die Möglichkeit vorbehalten muß, seine politische Konzeption auch wirtschaftspolitisch zu erzwingen. Das ist aber nur möglich, wenn die staatsrechtliche und wirtschaftliche Ordnung in einem Entsprechungsverhältnis zueinander stehen. Hier öffnet sich jenes weite Feld, das der Nestor der Neoliberalen, *Walter Eucken*, unter dem Titel der *Interdependenz der Ordnungen* abgehandelt hat. Voraussetzung für eine wesentlich gelockerte Form der Planung, die mit einer Aufgabe des zentralen Planes als letzte Instanz der wirtschaftlichen Willensbildung einhergehen müßte, ist somit eine entsprechende *Vorleistung auf der politischen Bühne*. Davon ist aber noch nicht einmal in der Terminologie etwas zu verspüren, die auch in der Wirtschaft nach wie vor von einem militanten, aus dem verstaubten Vokabular der Revolution entlehnten Jargon beherrscht wird; hinter den Ständen der HO-Läden in Ostdeutschland etwa stehen keine Verkäuferinnen mit ihrem mehr oder weniger ausgeprägten Charme, vor allem aber ihren menschlichen Schwächen, sondern «Arbeitsbrigaden», und die Anstrengungen zur Erhöhung des industriellen Ausstoßes wird in dieser Diktion zu einer «Produktionsschlacht».

Der Fall der Sowjetunion

Sehr aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang der Fall der Sowjetunion. Die *Kossygin-Reform* vom Herbst 1965 bezog sich auf drei große Reformfelder, einmal auf die hierarchische Gliederung der Planungsorganisation, sodann auf eine Neufassung des Betriebsgesetzes und endlich auf die Preisreform; der erste Reformsektor ist bereits vollständig durchgeführt, der zweite befindet sich auf einem experimentellen Prüfstand und der dritte verharrt noch im Stadium des akademischen und politischen Streitgespräches. Die Frage «Dezentralisation Ja oder Nein?» dominierte mit der von Prof. Liberman entfachten Diskussion lange Zeit die Bühne. Die tatsächlich gewählte Reformvariante honorierte aber die Postulate der Lockerungsstrategen nur zu einem enttäuschend kleinen Teil.

Bei der Neuordnung der Planungshierarchie wurden nämlich sämtliche Elemente, die mit Chruschtschews Umstrukturierung vom Jahre 1957 das Postulat der Dezentralisation verkörperten (Volkswirtschaftsräte), eliminiert und das alte stalinistische Prinzip des Ministerialsystems restauriert: organisatorische Zusammenfassung der einzelnen Wirtschaftszweige und administrative Unterstellung unter ein Ministerium auf der Ebene der Union; die Instanzenzüge führen dann entweder direkt zu den einzelnen Produktionseinheiten (Trusts, Kombinate, Betriebe) oder indirekt über ein entsprechendes Ministerium auf der Ebene der Republiken. Es ist dies eine Ordnung, die einer streng *vertikal-branchenmäßigen Gliederung* folgt; sie bringt nicht den Willen zur Dezentralisation zum Ausdruck, sondern manifestiert vielmehr die Absicht der *Rezentralisierung*.

Gleichzeitig brachte die Kossygin-Reform aber eine spürbare, wenn auch keineswegs durchgreifende Entschlackung des Kennziffernsystems. Den Produktionseinheiten wird der planwirtschaftliche Befehl nicht mehr über Dutzende von einzelnen Kennziffern übermittelt, sondern im Modell- und Idealfall noch mit deren neun: 1. Die verkaufte Produktion, 2. die großen Sortimentskategorien dieser Produktion, 3. der Lohnfonds (also die Summe, die während einer bestimmten Planungsperiode aufgewendet werden darf), 4. die technischen Qualitäten der Produkte, 5. der Finanzplan (das heißt die Beziehungen zum Budget des Staates), 6. die Investitionen, 7. das Betriebskapital, 8. die Zinsen auf dem investierten staatlichen Kapital, 9. die Anteile der einzelnen Fonds.

Niemand wird im Ernste behaupten wollen, daß sich mit diesem Kennziffernsystem die einzelbetriebliche Bewegungsfreiheit vergrößert hätte. Der sowjetische Betrieb hängt weiterhin völlig an der Nabelschnur des zentralen Planes. Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß er nun nicht mehr die Bruttoproduktion, sondern die *verkaufte* Produktion vom Plan vorgeschrieben erhält. Damit sollen lediglich die mit dem Brutto-

produktionsprinzip zusammenhängenden Nachteile überwunden und der Betrieb gezwungen werden, sich vermehrt auf die Wünsche des Marktes einzustellen, wobei sich der Betrieb selbst mit seinen Verkaufsorganisationen ins Einvernehmen zu setzen hat (Vertragsprinzip). Aus dieser Konstruktion wird sofort sichtbar, daß es sich bei der neuen «Betriebsautonomie» nur um eine modische Anpassung der Konsumgüterproduktion an die Geschmacksrichtung des Konsumenten handelt, aber keineswegs um eine Steuerung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprogramms durch die Konsumentenwünsche. *Was* und *wieviel* produziert wird, bestimmt weiterhin der Plan; in welcher Form diese Produktion erbracht wird, ob Damenschuhe mit hohen oder niedrigen Absätzen, ob Textilien in vorwiegend roter oder grüner Farbe, bestimmt innerhalb gewisser Grenzen der Produktionsbetrieb. Er versucht dies zusammen mit seinen Absatzorganisationen über das Mittel der *Marktforschung* zu eruieren.

Die Tatsache, daß im wirtschaftswissenschaftlichen Vokabular der Sowjetunion das Wort Marktforschung aufgetaucht ist, hat im Westen vielfach zu geradezu enthusiastischen Prognosen von der kurz bevorstehenden «Rekapitalisierung» der Sowjetunion Anlaß gegeben. Davon kann natürlich keine Rede sein, denn Marktforschung ist ein systemneutrales Instrument, das überall dort auftritt, wo die Konsumgüterproduktion, in welchem Maße auch immer, den Plafond der Nachfrage zu übersteigen beginnt, wo also den Konsumenten eine gewisse Auswahl zugestanden wird. Marktforschung ist ein Mittel, das mit einer reifer werdenden Wirtschaft verbunden ist, aber keine ideologische Wertung ausstrahlt.

Der «neue» sowjetische Betrieb kann einen Teil seines geplanten Gewinnes, vorausgesetzt daß er ihn auch realisiert, behalten. Jener Teil, der nicht dem Staate abgeliefert werden muß, ist entsprechend dem neuen Betriebsverfassungsgesetz nach einer bestimmten, von Betrieb zu Betrieb variierenden Schlüsselung in drei Fonds zu leiten, nämlich in den Entwicklungsfonds, in den Prämienfonds und in den Sozialfonds.

Aus dem Entwicklungsfonds kann der Betrieb spezifische, allerdings mehr minimale *Investitionen* finanzieren. Die «autonome» einzelbetriebliche Investitionstätigkeit muß deshalb in Umfang und Qualität limitiert sein, weil sie sonst mit der im Plan fixierten Investitionspolitik in Konkurrenz treten könnte; hier offenbart sich eine Stelle in der Planwirtschaft, an der der Konflikt der rivalisierenden wirtschaftlichen Willensbildung auftritt. Der Prämienfonds dient, wie sein Name verrät, zur Ausrichtung von Zulagen an die Betriebsangehörigen, und der Sozialfonds endlich kann zur Finanzierung der «sozialen Infrastruktur» (Kindergärten, Kantinen usw.) eines Unternehmens herangezogen werden. Der Betriebsanteil des Gewinnes kann durch eine Übererfüllung des Planes nicht mehr entsprechend vergrößert werden, da er auf Planübererfüllungen nach Maßgabe einer regres-

siven Formel relativ abnimmt. Darin spiegelt sich die reichlich späte Erkenntnis, daß auch eine Planüberfüllung das Zeichen einer Fehlplanung ist; und außerdem soll der Betrieb zur Übernahme eines «maximalen» Planes veranlaßt werden, der ihm zugleich auch einen «maximalen» Gewinn abwirft.

Die dem sowjetischen Betrieb zugestandene «Autonomie» hat also durchaus minimale Dimensionen. Außerdem ist zu beachten, daß der schmalen Lockerung auf der untersten planwirtschaftlichen Ebene, jener bei den Betrieben, eine Straffung der Zentralisierung auf den übergeordneten Planungsebenen vorausgegangen ist. Die sowjetische Reformvariante hat also eine typische *Zangenbewegung* beschrieben, aus der abgeleitet werden kann, daß ihr nicht der «Liberalisierungsgedanke» zu Gevatter stand, sondern vielmehr der Wille zur Rationalisierung der nach wie vor zentralen Planwirtschaft.

Unterschiedliche Konzeptionen bei den Satelliten

Nicht so eindeutig ist das Ergebnis, wenn die Dezentralisierungsbewegung der anderen osteuropäischen Staaten unter die Lupe genommen wird. Einzelne Staaten, wie etwa die DDR und Polen oder Bulgarien, sind bereits zur Einführung eines neuen Organisationsmusters übergegangen, während in der Tschechoslowakei und in Ungarn noch um die endgültige Form gerungen wird. Es scheint, daß den Betrieben im europäischen Bereiche des Satellitengürtels ein etwas größerer Bereich an einzelbetrieblicher Entscheidungsfreiheit als in der Sowjetunion zugestanden wird. In keinem Lande ist aber die zentrale Autorität gewillt, ihren entscheidenden Einfluß auf die Betriebspolitik aufzugeben. Die Tage der indikativen Planung, so wie sie etwa in Jugoslawien verwirklicht ist — auch in diesem Lande bestehen noch kräftige zentrale Hebel in der Kredit- und Investitionspolitik —, sind hinter dem Eisernen Vorhang noch nicht angebrochen, und es ist schwer zu sehen, wie sie in absehbarer Zukunft anbrechen könnten.

Einmal ist festzuhalten, daß im roten Imperium der *Primat der Politik* unveränderte Gültigkeit hat. Auf dem Felde der Wirtschaft kann immer nur nachvollzogen werden, was in der Politik zuerst vorexerziert wurde. Der Fall Jugoslawien kann auch hier als Modell genommen werden, und der wirtschaftliche Revisionismus ist von diesem Aspekt aus betrachtet in erster Linie eine Spiegelung des politischen Polyzentrismus. Zudem darf nicht übersehen werden, daß die Sowjetunion im Geschäft des wirtschaftlichen Revisionismus die Rolle eines moderierten Bremsers übernommen hat, und zwar nicht nur deshalb, weil Reformexperimente in einem Lande von der Größe und Vielfältigkeit der Sowjetunion objektiv schwieriger durchzuführen und mit größeren Risiken behaftet sind. Wer die künftige

Entwicklung des wirtschaftlichen Revisionismus abschätzen will, muß deshalb in erster Linie versuchen, sich eine Vorstellung der politischen Gangart des Ostblocks zu machen.

Es wurde bereits ins Licht gestellt, daß sich die europäischen Satellitenstaaten gegenüber ihrem «alten Lehrmeister» auf dem Weg zu einer «höheren Form» der wirtschaftspolitischen Dezentralisation befinden. Dies wird daran sichtbar, daß zwischen die zentralen Planungsinstanzen und die Produktionseinheiten irgendwelche Formen *intermediärer planungstechnischer Zwischenstufen* eingeschaltet werden, die Namen wie Vereinigung volkseigener Betriebe, Industrievereinigungen, wirtschaftliche Produktionsvereinigungen, Trusts usw. tragen. Hier sind die vielfältigsten Spielarten denkbar und in der Praxis auch in Erprobung: horizontale und vertikale — bisweilen auch heterogene — Amalgamierung einzelner Industriegruppen mit dem Ziel, diese zwischengelagerten Planungsorganisationen mit Planungs- und Kontrollfunktionen zu betrauen, die vorher ganz oder teilweise den zentralen Planungsorganen zustanden. Die zentrale Planung beschränkt sich, so will es mindestens die Theorie, auf die sogenannte Perspektivplanung, also auf die Festlegung der großen Entwicklungslinien. Diesem perspektivischen Trasse haben dann die intermediären Planungsinstanzen zusammen mit den ihnen zugeordneten Betrieben zu folgen.

Über diese Konstruktion liegt bereits ein sehr umfangreiches Dokumentationsmaterial und Erfahrungsmaterial vor. Der Glaube, daß es sich hier um eine *echte* Form der Dezentralisation handle, wird eigentlich nur von den planwirtschaftlichen «Die-hards» zu begründen versucht, die in dieser Diskussion gleichzeitig ihre Position zu verteidigen haben. Denn die intermediären Planungsorgane versuchen natürlich, wie früher die zentralen Planungsinstanzen, die Leitung und Steuerung der ihnen unterstellten Betriebe an sich zu ziehen. Für den Betrieb selbst bleibt es im Endeffekt völlig gleichgültig, *wer* ihm kraft seiner planwirtschaftlichen Kompetenzen Direktiven erteilen kann; selbstverständlich ist zuzugeben, daß die neue Form der «ökonomischen Leitung» insofern eine Verbesserung bedeuten kann — aber keineswegs muß —, als der planwirtschaftliche Instanzenweg zwischen dem Betrieb und seiner vorgelagerten Planungseinheit kürzer und damit die Reaktionszeit potentiell kleiner ist. Die Fälle, in denen sich die Betriebe über eine lästige und wirtschaftlich schädliche Bevormundung beklagen, scheinen deshalb noch nicht abgenommen zu haben.

Der Zins als ideologische Krux

Der Zins war seit den Urzeiten des Marxismus eine verwerfliche Ausgeburt des Kapitalismus und damit vom Teufel; Zins heißt *arbeitsloses Einkommen*, ergo Ausbeutung. Die kommunistische Gesellschaft kennt keine Ausbeu-

tung und deshalb auch keinen Zins. Diese ideologisch gefärbte Deutung des Zinses ging vollkommen an seiner ökonomischen Wirksamkeit vorbei. Nunmehr hat er sich durch die Hintertüre der Rationalitäts- und Kalkulationsrechnung auch wieder in die kommunistische Wirtschaftsordnung eingeschlichen, und zwar ausnahmslos in allen Ländern des Sowjetblocks.

Im alten System trat der Staat als Quelle für das *Investitionskapital* auf; er teilte das Investitionskapital nach den Richtlinien seiner planwirtschaftlichen Intentionen den einzelnen Wirtschaftszweigen und Unternehmungen zumeist unentgeltlich und ohne Rückzahlungspflicht zu — einer der Gründe, die eine aussagekräftige Investitionsrechnung und damit eine Steuerung des Investitionskapitals nach dem Gefälle der Produktivität in der Wirtschaft verunmöglichte. Der Staat ist nun kein derart großzügiger Onkel mehr; er stipuliert für die meisten seiner Investitionskapitalien eine Rückzahlungs- und Verzinsungspflicht. Er erhofft sich damit einen wesentlich rationelleren Einsatz der Mittel. Der kommunistische Staat ist «unbemerkt» vom Verteiler von Investitionskapitalien zur Form der *Investitionsdarlehen* und damit zu einem teilweise bankmäßig abgewickelten Kredit-system übergegangen. Die Praxis ist in den einzelnen Ostblockstaaten allerdings unterschiedlich; teilweise werden differenzierte Zinssätze angewandt — hier ist der Zins bereits in die Aufgabe eines globalen Steuerungselementes hineingeraten —, teilweise werden für das ganze Land einheitliche Zinssätze zur Anwendung gebracht. Selbstverständlich hat der Zins aber einen praktisch nicht ins Gewicht fallenden Einfluß auf die globale Verteilung der vom Plan vorgesehenen Investitionsmittel. Die Investitionspolitik ist vielmehr in allen Ostblockstaaten weiterhin eine Angelegenheit der zentralen Planungsbehörden, eine wichtige «*Pièce de résistance*», auf der weiterhin keine revisionistischen Konzessionen gemacht werden. Die Investitionen gelten als wichtigster wirtschaftspolitischer Hebel, um die Wirtschaft auf dem planwirtschaftlichen Geleise zu halten.

Umstrittene Preispolitik

Etwas anders verhält es sich im Sektor der Preispolitik. Die Preispolitik, dies muß man wohl an den Anfang dieses Abschnittes stellen, war in der Vergangenheit das schwächste Glied der kommunistischen Wirtschaftspolitik. Dadurch, daß sich der Staat die *zentralisierte* Preisbestimmung sicherte, die Preisfixierung selbst aber auf einen «pragmatisch-empirischen» Entscheid stellte, der in seiner Verursachung nachträglich kaum noch in seine einzelnen Komponenten auseinandergefächert werden kann, entstand in den einzelnen Ostblockstaaten eine *Preisverzerrung*, so daß die Preise jede Qualität als Wertmaßstab verlieren mußten. Sie können heute nicht

einmal mehr als Reflex des sozialistischen Wertbildungsgesetzes, wie es einst Marx formulierte, betrachtet werden.

Die einsichtigen und «aufgeklärten» Revisionisten haben denn auch ihre Reformen schon immer mit einer Umstellung der Preispolitik, mit einer eigentlichen Preisreform gekoppelt. Solange die Preisreform nicht verwirklicht wird und die zentralen Planungsinstanzen am Preismonopol festhalten, muß jede Reform Torso bleiben; im Rahmen der bestehenden Preisstruktur und Preispolitik ist es unmöglich, eine nach wirtschaftlichen Kriterien aufgestellte Investitionsrechnung durchzuführen — die Gefahr von Fehlinvestitionen ist evident — und ebenso muß die Etablierung des Gewinnprinzips als Maß der einzelbetrieblichen Rentabilität, die heute im Osten immer wieder aus dem Zauberkasten der Revision hervorgeholt wird als reine Illusion apostrophiert werden.

Es ist denn auch nicht erstaunlich, daß momentan verschiedene preispolitische Gruppen im kommunistischen Raume um ihren Einfluß rivalisieren; da es sich bei dieser Diskussion streckenweise um eine hochtechnische Auseinandersetzung handelt, findet sie auch zur Hauptsache unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das gilt vor allem für die Mathematiker unter den planwirtschaftlichen Experten, die sogenannte Schattenpreise aus einem mathematischen Modell herausdestillieren wollen, die also theoretisch festlegen wollen, welche Preise auf Grund jener Knappheitsverhältnisse zustande kommen würden, die sich durch eine *vorher* im Plan festgelegte Verteilung des Nationaleinkommens ergeben. Die Theoretiker des sogenannten Optimalplanes, die einen zum Teil bewundernswürdigen intellektuellen Input in ihre Arbeit leisten, werden aber kaum jemals die Chance haben, ihre Überlegungen in der Praxis verwirklicht zu sehen.

In der Sowjetunion ist im Schoße der Kossygin-Reform der preispolitische Entscheid bereits zugunsten der *zentralistischen Lösung* gefallen; es wird also in der Sowjetunion sehr zum Leidwesen mancher Revisionisten keine preispolitische Autonomie der Betriebe geben. Trotzdem ist man sich natürlich auch in der Sowjetunion bewußt, daß eine Preisreform dringend notwendig geworden ist. Wie sie aber dereinst aussehen wird, darum ringen gegenwärtig die Experten und Politiker in Kommissionen hinter verschlossenen Türen. In anderen Ländern, wie etwa der Tschechoslowakei und Ungarn, ist dagegen bereits ein deutlicher Einbruch in die alte Preispolitik festzustellen, indem beabsichtigt wird, im Grundsatz drei verschiedene Preiskategorien zuzulassen, nämlich:

- a) fixe, vom Staat bestimmte Preise;
- b) sogenannte Limit-Preise, die zwischen einer maximalen und minimalen, vom Staat festgesetzten Grenze schwanken dürfen, und
- c) freie Preise.

Es ist offensichtlich, daß die Wirksamkeit dieses Preissystems vom Mischungsverhältnis dieser drei Preistypen abhängt. Soweit heute beurteilt werden kann, dürfte das Schwergewicht noch absolut auf den staatlich fixierten Preise liegen. Jedenfalls zeigen die staatlichen Planungsorgane große Hemmungen, sich den Hebel der Preispolitik aus den Händen winden zu lassen. Sollte in Zukunft bei der Preispolitik — wie übrigens auch bei der Investitionspolitik — ein wirklich substantieller Einbruch in das alte System erfolgen, was sich bis heute noch nicht abzeichnet, könnte man tatsächlich von einer bemerkenswerten Wandlung der östlichen Planungssysteme sprechen.

Ein weiteres Problem, an dem die Ostblockstaaten schwer zu tragen haben, liegt an der Basis der verzerrten Preisstrukturen, nämlich die Bestimmung eines einigermaßen aussagekräftigen Wechselkurses. Die Entzerrung der Preisstrukturen ist durch diese Optik betrachtet ein ostblockweites Problem, mit dem sich denn auch angeblich das Comecon seit Jahren befaßt. Das Faktum, daß bis heute auf diesem Gebiete noch keine Resultate veröffentlicht wurden, deutet auf den Schwierigkeitsgrad dieser Problematik hin. Im Preisproblem überschneiden sich nationale und internationale Faktoren, kollidieren nationale Interessen mit übernationalen Gesichtspunkten.

Die Scharade des Gewinnmotivs

In der Reformdiskussion taucht immer wieder die Forderung auf, die Betriebe müßten auf eine Basis zurückgeführt werden, auf der sie sich selbst erhalten könnten; das Maß, an der ihre «Marktposition» abgelesen wird, sei der *Gewinn*. Wie aber kann ein Betrieb, der die Preise, die Löhne, die Produktionsprogramme, die Investitionen und eine Reihe anderer Parameter vom Plan vorgeschrieben erhält, jene Mobilität zurückgewinnen, die den Gewinn zu einem echten Indikator seiner Marktposition aufsteigen läßt? Daran läßt sich im Ernste nicht glauben.

Der Gewinn kann im System der Planwirtschaft, und zwar auch einer «aufgeklärten» Planwirtschaft, nicht als Indikator seiner Ertragskraft herangezogen werden. In die Gewinn- und Verlustrechnung des sozialistischen Staatsbetriebes gehen zur Hauptsache Größen ein, die vom Unternehmen selbst nicht mehr oder nur noch in einem sehr geringen Ausmaße manipulierbar und bewegbar sind. Der Glaube, daß die Aufwertung des Gewinnmotivs als «untrügliches» Zeichen einer Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Formen gewertet werden könnte, ist deshalb nicht real.

Dies gibt zu einer letzten Bemerkung Anlaß. Die Reformdiskussion wird oft in einer Terminologie geführt, die aus dem marktwirtschaftlichen Fachjargon stammt. Die Begriffsinhalte selbstverständlich können deshalb, weil

sie sich auf völlig unterschiedliche Wirtschaftsordnungen beziehen, nicht mehr identisch sein. Es ist somit bei einer Beurteilung der einzelnen Reformprojekte und Reformvarianten nicht von den Namen, sondern von den Begriffsinhalten auszugehen. Dadurch lassen sich Fehlinterpretationen und Fehlschlüsse vermeiden, die dann leicht entstehen, wenn nur auf, aber nicht *hinter* die Mauern der Reformgebäude geblickt wird. Die Verwirrung in der Reformdiskussion im Westen ist denn auch zu keinem geringen Teil auf diesen Tatbestand zurückzuführen.

Der Reformismus ist — das sollten diese Betrachtungen zeigen — ein äußerst vielschichtiges Phänomen, das sich noch nicht in einer festgefügtten, kristallinen und damit durchsichtigen Struktur verdichtet hat. Es hat vielmehr noch eine liquide Form. Welcher Aufbau nach dem Abschluß des Eindampfungsprozesses dereinst entstehen wird, ist heute nicht mit Sicherheit auszumachen. Zu viele Unbekannte sind in dieser Gleichung enthalten. Die Abschätzung der Zukunft muß auf diesem Gebiet dem politischen Spekulant, dem begabten Visionär überlassen bleiben.

Gastarbeiterpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

WILFRIED A. HOLLENBERG

Während die Schweiz als eines der demokratischsten und wirtschaftlich stabilsten Länder Europas seit jeher in größerem Umfang ausländische Arbeitskräfte beschäftigt hat, gab es dies in Deutschland beziehungsweise der Bundesrepublik nur periodisch. Besonders in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg waren im damaligen Deutschen Reich zahlreiche Arbeitnehmer aus Polen und anderen Oststaaten sowie aus Italien beschäftigt. Nach dem Kriege, während der großen Wirtschaftskrise bis zu Beginn des Zweiten Weltkrieges waren die Ausländer als Angebotsfaktor des Arbeitsmarktes nicht relevant. Die im Zweiten Weltkrieg in Deutschland beschäftigten «Fremdarbeiter» bleiben wegen des Zwangscharakters ihres Aufenthaltes außer Betracht. Erst ab 1954 ist die Beschäftigung von Ausländern für die Bundesrepublik statistisch wieder von Interesse; ab 1959 wird sie auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen. Damit beginnen ent-